66. Jahrgang. № 78. Mittwoch, 15. Februar 1922.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25241
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 14.— M., vierteljährlich 42.— M.
Anzeigen-Preise. Die zweispaltige 30 mm breite Zeile 4.— M. Aus Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1 spaltige Anz. u. Vereinsanz. 25 % Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelnummer 70 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. – Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die Fraktionen zur Regierungskrise.

Bemühungen um die große Koalition in letzter Stunde.

Hermes der kommende Mann?

Berlin, 14. Febr. Die Reichstagsfraktionen traten heute abend zusammen, um ihre endgültigen Beschlüsse hinsichtlich ihrer Haltung bei der morgigen Abstimmung über das Vertrauensvotum für die Reichsregierung zu fassen. Die Deutsche Volkspartei, deren Vorstand heute abend zu einer Besprechung zusammentritt, hat schon im Laufe des heutigen Vormittages eine Fraktionsbesprechung abgehalten, die aber zu keinem positiven Ergebnis führte. In parlamentarischen Kreisen verlautet nur, daß sich vier **Mitglieder der Deutschen Volkspartei morgen bei der Abstimmung der Stimme enthalten wollen.** In der heute vormittag stattgefundenen Besprechung zwischen dem Reichskanzler und den Parteien wurde auch, wie noch mitgeteilt wird, die Frage erörtert, **ob nicht doch noch vor der Abstimmung sogar die Möglichkeit bestehe, die große Koalition zu schaffen. Die Konferenz ergab aber, daß eine solche Möglichkeit nicht als aussichtsreich zu bezeichnen sei. Von der Deutschen Volkspartei wurde erklärt, daß sie ihre Haltung gegenüber der Regierung Wirth nur dann ändern könne, wenn vor der Abstimmung die große Koalition Tatsache geworden sei.** Die sozialdemokratische Fraktion wird in ihrer heutigen Abendsitzung auch zu der in der Besprechung beim Reichskanzler aufgeworfenen Frage der großen Koalition nochmals Stellung nehmen. Ferner geht in parlamentarischen Kreisen das Gerücht, daß zwischen rechtsstehenden Kreisen und dem Reichsfinanzminister Dr. Hermes gewisse Verbindungen (?) beständen, die darauf hinauslaufen sollen, daß **Dr. Hermes im Falle eines Sturzes des Kabinetts Wirth mit der Unterstützung der rechtsstehenden Parteien zur Bildung des neuen Kabinetts berufen werden solle.** Dieses Gerücht dürfte jedoch mehr auf Kombinationen als auf Tatsachen beruhen.

Bei den Sozialdemokraten stößt der Gedanke einer Erweiterung der Regierungskoalition noch rechts nicht auf große Gegenliebe. Der „Vorwärts" spricht von einem nicht zulässigen Druck auf die sozialdemokratische Fraktion, der in wirksamer Weise abgewehrt werden müsse. Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst" schreibt zu der anscheinend von der demokratischen Fraktion aufgerollten Frage der großen Koalition: „Die demokratische Fraktion scheint die ohnehin sehr schwierige Situation durch das Aufrollen des Problems der großen Koalition noch schwieriger gestalten zu wollen. Unsere Fraktion wird heute abend eine Entscheidung treffen, die auf Sein oder Nichtsein des Kabinetts hinausläuft. Es ist zu wünschen, daß noch vor den Besprechungen der Fraktionen eine unverbindliche Fühlungnahme zwischen S. P. D. und U. S. P. stattfindet." — Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst" will erfahren haben, daß die demokratische Fraktion beabsichtigt, das Problem der großen Koalition zur Kabinettsfrage zu machen.

Italien für Verschiebung der Reparations-Entscheidung.

Rom, 14. Febr. Die Agenzia Stefani teilt mit: Im Hinblick auf den Plan, eine Konferenz der alliierten Finanzminister nach London einzuberufen, um die Reparationsfragen einer erneuten Behandlung zu unterziehen, hat die italienische Regierung an die englische und französische das dringende Ersuchen gerichtet, die Konferenz bis nach der Wiedereröffnung des italienischen Parlaments zu verschieben, da bis dahin keine Mitglieder des Kabinetts von Rom abkömmlich seien. (W. T. B.)

Schwierigkeiten in den zehntäglichen Goldzahlungen?

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Berlin, 14. Febr. Wie uns von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, stoßen die deutschen Goldzahlungen, die nach den Bestimmungen der Reparationskommission alle 10 Tage zu leisten sind, auf große Schwierigkeiten, weil sich der Mangel an Devisen immer mehr fühlbar macht. Seitens der deutschen Regierung werden deshalb neuerliche Verhandlungen mit den Alliierten angeregt werden, die für diese Zahlungen eine andere Basis in Vorschlag bringen sollen.

Wer zahlt? — Deutschland.

Paris, 14. Febr. Der Finanzausschuß der Kammer hatte sich mit den Kosten der Mobilisierung der Jahresklasse 1919 in Höhe von 100 Millionen Franken zu befassen, die seinerzeit angeordnet worden war, um einen Druck auf die deutsche Regierung auszuüben, damit sie das Ultimatum vom 10. Mai 1921 annehme. Gegen die Absicht der französischen Regierung, diese Ausgaben in das Budget aufzunehmen, dessen Rückerstattung Deutschland zufällt, hatten aber einige Alliierte Einspruch erhoben. Infolgedessen hat die französische Regierung diese Ausgaben auf das gewöhnliche Budget übernommen. Der Finanzausschuß hat aber noch nicht zugestimmt. Er scheint auch nach dem „Matin" nicht entschlossen zu sein, dieser Maßnahme zuzustimmen. (W. T. B.)

Poincaré lehnt deutsche Arbeiter zum Wiederaufbau ab.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Paris, 14. Febr. Es verlautet, daß Poincaré in der auswärtigen Kommission auf eine Anfrage, ob von den im Wiesbadener Abkommen angebotenen deutschen Arbeitskräften für den Wiederaufbau Gebrauch gemacht werden soll, erklärt hat, dies liege nicht im Interesse der Politik der Regierung und sei auch nicht von praktischer Bedeutung für den Aufbau. Selbst Loucheur habe bei dieser Frage die nationalen französischen Aufgaben außer acht gelassen.

Rollets Unterredungen mit Rathenau.

Berlin, 14. Febr. Die Unterredungen, die General Nollet mit dem neuen deutschen Außenminister Rathenau hatte, galten, wie im Auswärtigen Amte versichert wird, nur der Frage des Standes der Abrüstung. Davon, daß eine Entwaffnungsnote hierher unterwegs sei, ist an amtlichen Stellen nichts bekannt.

Der Beginn der Schlußverhandlungen in Genf.

Genf, 14. Febr. Die deutsch-polnischen Verhandlungen nahmen heute nachmittag 4½ Uhr ihren offiziellen Anfang. Präsident Calonder eröffnete die erste Vollsitzung mit einer feierlichen Ansprache an die Bevollmächtigten der deutschen und polnischen Regierung, denen er zunächst für den Empfang dankte, der ihm in Oberschlesien zuteil geworden war. Er sprach dann die feste Hoffnung aus, daß der Geist der Versöhnlichkeit, von dem die beiden Abordnungen bereits in den vorhergehenden Verhandlungen Beweise abgelegt hätten, die Konferenzen zu einem befriedigenden Ergebnis führen möge, wie es dem Interesse der beiden edlen Nationen, die hier vertreten seien, entspreche. Die bevollmächtigten Deutschen und Polen dankten dem Präsidenten für die bisherige Leitung der Konferenz und hoben ebenfalls den versöhnlichen Geist hervor, mit dem sie in die Schlußverhandlungen eintränen.

Hierauf wurde auf Antrag des Präsidenten Calonder

die Arbeitsmethode der Vollkonferenz

festgelegt, die bekanntlich den endgültigen Text des deutsch-polnischen Abkommens in Ausführung des Beschlusses vom 29. Oktober aufzustellen hat. Ein Revisionskomitee, in dem die deutsche Abordnung durch Geheimrat Schlegelberger, die Polen durch Wolny und der Präsident durch Mackenbeck vom Völkerbundssekretariat vertreten wird, wird den Text vorbereiten, dem zunächst die im wesentlichen vorliegenden Ergebnisse von zehn Unterkommissionen zugrunde liegen. Der endgültige Text ist dann der Vollkonferenz zu unterbreiten, die daher einige Tage aussetzen wird, bis die ersten Arbeiten des Komitees vorliegen. **Am Vormittag hatte eine erste Arbeitssitzung des 11. Ausschusses (Minderheitsschutz) stattgefunden. Nach einer eingehenden Aussprache überreichte die deutsche Abordnung dem an der Sitzung teilnehmenden Vertreter des Präsidenten, Colban vom Völkerbundssekretariat, einen ausführlichen Entwurf, in dem das Minderheitsproblem in Hinsicht auf Sprache, Schule und Kirche in seinen Einzelheiten behandelt wird.** Der 11. Unterausschuß, sowie auch der 12. Unterausschuß (zwischenstaatliche Organisationen) werden morgen und in den nächsten Tagen ihre Beratungen fortsetzen. (W. T. B.)

Polen und die oberschlesische Währungsfrage.

Warschau, 14. Febr. Entsprechend der gemeldeten Resolution der Warschauer Parlamentskommission für Finanzfragen, die wesentliche Änderungen in den Bestimmungen über den Umlauf der deutschen Valuta im deutsch-polnisch-oberschlesischen Abkommen fordert, hat sich der polnische Ministerrat mit dieser Frage beschäftigt. Er hat der polnischen Kommission in Genf den Auftrag gegeben, eine Änderung der Valutabestimmungen doch noch zu verlangen, wobei die erste polnische These in der oberschlesischen Verhandlung wieder auftaucht: Entweder soll die Reichsbank die monatlich im polnischen Teile Oberschlesiens benötigten 700 Millionen Reichsmark durch eine eigene Filiale dort zur Verfügung stellen oder es soll die polnische Valuta neben der deutschen gelten.

Deutsche Gerichtsurteile unter Zensur der Entente.

Köln, 14. Febr. Das „Echo du Rhin" schreibt: Nachdem die Rheinlandskommission die von Smeets vorgebrachten Einwendungen wegen des Gerichtsverfahrens gegen ihn geprüft hat, hat sie bestimmt, daß die Urteile, die etwa vom Kölner Gericht ohne Ermächtigung der Rheinlandskommission gefällt werden, nicht vollzogen werden dürfen. Unter diesen Bedingungen wird Smeets morgen vor der 3. Strafkammer des deutschen Gerichts in Köln zur Aburteilung erscheinen. (W. T. B.)

Ungarischer Steckbrief gegen die Mörder Erzbergers.

Budapest, 11. Febr. Wie das „Achtuhr-Blatt" meldet, hat die Budapester Oberlandeshauptmannschaft auf Ansuchen des Offenburger Landgerichts einen Steckbrief gegen die der Ermordung Erzbergers Beschuldigten, und zwar den Münchner Kaufmann Heinrich Schulz und den ehemaligen Oberleutnant Tillessen, erlassen. Das Blatt fügt hinzu, daß zur Ausforschung der Genannten auch deutsche Geheimpolizisten nach Budapest gekommen seien, da sich Anhaltspunkte ergeben hätten, daß die beiden Beschuldigten sich in Budapest aufhalten. (W. T. B.)

Beneschs Warnung vor Deutschland.

Die angebliche deutsche Gefahr in Rußland.

Prag, 14. Febr. Das Organ des Außenministers Benesch, der „Czas", befaßt sich mit dem Zweck der Reise Beneschs nach Paris und London und schreibt, Dr. Benesch habe die Absicht, die Staatsmänner der westlichen Verbündeten über die internationale Situation der tschechisch-slowakischen Republik und Mitteleuropas überhaupt zu informieren, namentlich, wie sie sich nach der Liquidierung der Habsburger Frage und nach dem Abschluß der Verträge mit Polen und Österreich herausgebildet habe. Seit der letzten Auslandsreise Beneschs habe sich die Weltlage um vieles verändert, und alte internationale Probleme seien neuen gewichen. Wenn man in deutschen und russischen Blättern bereits von der Genueser Konferenz als von einer Friedenskonferenz spreche, so sei damit erwiesen, daß England die Gefahr übersehe, die durch seine Politik gegenüber Deutschland und Rußland hervorgerufen werden könne. Seine Gleichgültigkeit gegenüber den deutschen Bestrebungen auf wirtschaftliche Okkupation Rußlands könne sich in erster Linie an ihm selbst rächen. — Wie von einer amtlichen Prager Stelle mitgeteilt wird, hat Benesch unter Mitwirkung Masaryks und des Berliner Gesandten Tusar einen detaillierten Plan für die Genueser Konferenz ausgearbeitet, der sich mit dem deutschen, dem russischen und dem österreichischen Problem befaßt und eine neue mitteleuropäische Konsolidierungs-Idee erörtert.

Belgien zwischen England und Frankreich.

In dem Verhältnis zwischen Frankreich und England, dessen endgültige Gestaltung eine Kardinalfrage der europäischen Zukunft bildet, wird die Herbeiführung der letzten Entscheidung von beiden Mächten durch eine Politik auf lange Sicht vorbereitet, und in dieser diplomatischen Schachpartie in der jeder Teilnehmer vorsichtig tastend und sorgsam abwägend seine Züge tut, fällt dem belgischen Staate als Spielfigur eine wichtige Rolle zu. Schon während des Krieges arbeitete die Pariser Politik unverhüllt auf das Ziel hin, aus Belgien einen französischen Vasallenstaat zu machen, der sich jedes eigenen Willens gegenüber dem französischen Militarismus und Imperialismus entäußern sollte, und dieser Zweck schien auch erreicht zu sein, als sich Belgien zu dem Abschluß eines Militärvertrages herbeigelassen hatte, der auf die Dauer von fünfzehn Jahren berechnet war und das Aufmarschgebiet des belgischen Heeres aus dem bisherigen Dreieck Mecheln—Brüssel—Lüttich heraus weiter nach Osten zu verlegte, unter Deckung durch Befestigungen auf der Linie des Hohen Fenn. Außerdem soll die rückwärtige Basis für das belgische Heer nicht mehr Antwerpen, sondern Paris sein. Ferner wird die gesamte belgische Armee im Kriegsfalle dem französischen Oberbefehl unterstellt und der französischen Heeresleitung entscheidender Einfluß bei der Festsetzung der belgischen Heeresstärke und der Dauer der Dienstzeit gewährt. Auf Grund dieses Vertrages fordert Frankreich jetzt, daß Belgien ein Heer von mindestens 113400 Mann Friedensstärke unterhalten müsse, und die französischen Ansprüche bezüglich der sonstigen belgischen Rüstungen werden ebenfalls ständig höher geschraubt. So wird neuerdings verlangt, daß die Ausbildung der belgischen Offiziere in französischen Truppenverbänden erfolgen müsse, und daß Belgien sich die Abhaltung von Herbstübungen französischer Truppen auf seinem Gebiet gefallen lassen solle. Da heißt mit anderen Worten, daß der französische Militarismus Belgien völlig mit Beschlag belegt hat, und es nicht mehr wie einen freien und unabhängigen Staat, sondern wie ein erobertes Land, wie ein Anhängsel von Frankreich behandelt. In England sah man dieser Entwicklung mit steigendem Mißvergnügen und heftigem Argwohn zu und suchte dem französischen Nebenbuhler mit den Mitteln diplomatischer Kunst ein Paroli zu bieten. Für die Haltung der Londoner Politik fiel vor allem der Umstand ins Gewicht, daß Frankreich durch die Obrecht über Belgien in den Besitz der flandrischen Küste gelangte und damit gegenüber England eine bedrohliche Stellung einnahm. Um Frankreich aus dieser Position zu verdrängen, benutzte die Londoner Diplomatie in geschickter Weise die in Belgien über die französische militärische Begehrlichkeit herrschende Unzufriedenheit zur Schürung einer antifranzösischen Stimmung, und als dann der Augenblick günstig erschien, wurde den Belgiern ein Abkommen vorgeschlagen, das ihnen nach seiner ganzen Tendenz willkommener sein mußte, als der drückende Militärvertrag mit Frankreich. Der Entwurf dieses Abkommens, der gegenwärtig noch das britische Kabinett beschäftigt und bezeichnenderweise in der öffentlichen Meinung Englands viel mehr Sympathie findet, als der Garantievertrag mit Frankreich, ist durch eine Indiskretion zur Kenntnis eines Pariser Blattes gelangt und von diesem veröffentlicht worden. Danach verpflichtet sich Großbritannien, im Falle eines direkten und nicht provozierten Angriffes auf Belgien diesem sofort mit allen seinen Streitkräften zu Lande, zu Wasser und in der Luft zu Hilfe zu eilen, während Belgien selbst gehalten sein soll, seine militärischen Machtmittel ohne Einschränkung zur Verteidigung seines Gebiets zu verwenden. Es ist bemerkenswert, daß im Gegensatz zu dem französisch-belgischen Militärvertrag, der Belgien seiner staatlichen Unabhängigkeit völlig entkleidet, in dem Schutzvertrage mit England die belgische Souveränität unangetastet bleibt. Der englische Vertrag verfolgt die Absicht, die belgische Neutralität im britischen Interesse wiederherzustellen und das Land durch die Zusage eines wirksamen Schutzes gegen Verletzungen seiner Neutralität, von welcher Seite sie auch kommen mögen, aus der mit den Zielen der englischen Kontinentalpolitik nicht zu vereinbarenden Umklammerung durch Frankreich zu befreien. Die gegen den französischen Militarismus gerichtete Spitze des Vertrages erhellt besonders deutlich aus dem Zusatz, daß Belgien kein anderweitiges Abkommen treffen darf, das es in Widerspruch mit dem englischen Schutzvertrage setzen würde. Auf Grund dieser Bestimmung hat die Brüsseler Regierung nach einer unwidersprochen gebliebenen Meldung bereits in Paris wissen lassen, daß sie gezwungen sei, die Auflösung des von Foch entworfenen Militärbündnisses mit Frankreich nachzusuchen.

Das Vorgehen Englands bedeutet eine empfindliche Durchkreuzung der französischen Pläne, die auf die Vorherrschaft auf dem europäischen Kontinent unter völliger Lahmlegung Deutschlands gerichtet sind. Seit der Beendigung des Weltkrieges arbeitet der französische Militarismus unentwegt an der Verwirklichung des Gedankens, Deutschland sowohl im Osten wie im Westen derartig einzuklemmen, daß es sich nicht mehr rühren und bei jeder „verdächtigen" militärischen Bewegung sofort außer Aktion gesetzt werden kann. Im Osten bildet die Grundlage dieser Umklammerungsorganisation das französisch-polnische Militärbündnis, bei dem der französische Partner das ganze Fett abschöpft, insofern, als sich Frankreich zur Gegenleistung erhebliche wirtschaftliche Vorteile, insbesondere bei der Ausbeutung der ostgalizischen Naphthaquellen, ausbedungen hat. Damit nicht genug, ist die Pariser Politik rastlos darauf bedacht, ihren Einfluß auch auf Ungarn, Rumänien, Südslawien und die Tschecho-Slowakei zu erstrecken und diese Staaten ebenfalls für eine Niederhaltungspolitik gegenüber Deutschland zu

SLUB
Wir führen Wissen.